

»

Die Bestimmungen schwächen die betriebliche Gewerkschaftsorganisation in zweifacher Weise: zum einem wird den Betriebsräten ein Mandat zur Verhandlung von Kollektivverträgen gegeben, zum anderen können Gewerkschaften nur bei einem betrieblichen Organisationsgrad von 30 % als Verhandlungspartner auftreten. Derzeit sind die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor und in großen Industrieunternehmen stärker vertreten, hingegen spielen sie in kleineren Unternehmen, sowohl in der verarbeitenden Industrie als auch im Dienstleistungssektor, kaum eine Rolle.

Für die Gewerkschaftsbewegung in der Slowakei wird es die große Herausforderung sein, die Betriebsräte gewerkschaftlich "einzufangen", um ihren gesellschaftspolitischen Stellenwert nicht zu schwächen. Doch sind die Gewerkschaftsstrukturen bereits heute mit schätzungsweise 20 %² Organisationsgrad recht

Arbeitszeiten sollen noch flexibler werden.

schwach. Daher werden diese Regelungen zu einer massiven Deregulierung der Arbeitswelt führen.

Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen ■ Das neue Arbeitsgesetz beinhaltet eine neue Arbeitszeitregelung für Überstunden. Die Möglichkeit Überstunden zu machen, wird generell auf 400 Stunden im Jahr angehoben. Führungskräfte ("senior employees") dürfen bis zu 550 Stunden pro Jahr Überstunden machen. Für bestimmte ArbeitnehmerInnengruppen wie medizinisches Personal aber auch Führungskräfte wird es in Hinkunft möglich sein – ihre Zustimmung wohl vorausgesetzt – während vier aufeinander folgenden Monaten die Wochenarbeitszeit auf über 48 Stunden auszudehnen. Dabei darf die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit maximal 56 Stunden betragen.

Hiermit reiht sich die Slowakei in jene Mitgliedstaaten ein, die von der Option Gebrauch machen, großzügige Ausnahmen von der EU-Arbeits-

Sozialversicherungsleistungen werden nach Beitragsstreichungen massiv zurückfahren.

zeit-Richtlinie – nicht nur im Gesundheitsbereich – anzumelden. Ein Grund mehr, als ArbeitnehmerInnenvertreter gegen Opt-Out-Möglichkeiten auf EU-Ebene aufzutreten. Gleichzeitig befürchtet KOZ SR vermehrt unfreiwillige Überstundenleistung von einem großen Teil der Beschäftigten, weil der Begriff „Senior“ weit interpretierbar ist.

Eingriff in den Kündigungsschutz

■ Die Arbeitsgesetznovelle erleichtert das Kündigen von ArbeitnehmerInnen insbesondere bei Klein- und Mittelunternehmen, indem es zu Kürzungen der Kündigungsentschädigung im Fall ungerechtfertigter Kündigung von bisher 12 Monaten auf 9 bzw. 6 Monate (bei Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten) kommt.

Neues Sozialversicherungsbeitragssystem gefährdet Sozialstaat

■ Die Regierung hat eine »

SOS-Ungarn

Petition – jetzt unterschreiben!

SOS-Ungarn: Kehrtwende nach Rechts

Seit April 2010 regiert in unserem Nachbarland die neu angetretene Fidesz-Regierung unter Viktor Orban mit einer verfassungsgebenden 2/3 Mehrheit im ungarischen Parlament. Ungarn steht im Zeichen der Wende. Der starken Ansage von Ministerpräsidenten Orban, mindestens 20 Jahre an der Macht bleiben zu wollen, folgten Taten.

■ In atemberaubender Geschwindigkeit wurde begonnen, die satte parlamentarische 2/3-Mehrheit dafür zu nutzen, die politischen Spielregeln im Land zu ändern.

■ Mit dem international viel kritisierten neuen Mediengesetz wird die Freiheit der Medien und der Meinungsäußerung empfindlich eingeschränkt.

■ Im Eilverfahren wurden Verfassungsänderungen, zuletzt eine große Verfassungsnovelle beschlossen.

■ Das Arbeitsrecht und die Gewerkschaftsrechte sollen ohne Einbindung der Betroffenen abgeändert werden.

■ Unerwünschte Kritiker/innen werden ihrer Existenzgrundlage beraubt und mundtot gemacht.

Die Petition kann ab sofort auf der Website der GPA-djp eingesehen und unterstützt werden:

<http://gpa-djp.at/pressefreiheit>

Grund genug, gegen diese bedenklichen und Demokratie und Meinungsfreiheit gefährdenden Entwicklungen in Ungarn Zeichen zu setzen und die Stimme zu erheben!

Daher rufen wir dazu auf, die Petition der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp an die Österreichische Bundesregierung zu unterstützen, um zu verdeutlichen, dass die ungarische Regierung die verfassungsgebende Mehrheit in keiner Weise mit der notwendigen Verantwortung gegenüber Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausübt.